

17. August 2017

AUFARBEITUNG

Angehörige kämpfen um Wiedergutmachung deutscher Nazi-Verbrechen

Die Nazis zwangen Franzosen, für sie zu kämpfen / Angehörige streiten noch heute für ein offizielles Bekenntnis Deutschlands zu diesen Verbrechen.



Jean-Laurent Vonau spricht von einem Zwang zum Verrat. Foto: Loos

Armand Gangloff starb im Juni 1944 auf einem Schlachtfeld in Weißrussland, ein Franzose in einer deutschen Uniform, der wider seinen Willen in die Wehrmacht eingezogen worden war. Heute kämpft seine Nichte Renée Baudots dafür, dass er nicht vergessen wird. Sie setzt sich auch dafür ein, dass das Unrecht anerkannt wird, das ihrem Onkel und weiteren 130 000 Franzosen aus den besetzten Regionen angetan wurde. Am 25. August wird aus Anlass des 75. Jahrestages der Zwangsrekrutierungen im Straßburger Münster eine Gedenkveranstaltung stattfinden – ohne offizielle Beteiligung aus Deutschland.

Renée Baudot hat die Geschichte ihres Onkels der BZ erzählt. Sie verbindet damit eine Hoffnung: "Wir erwarten ein Zeichen", sagt Renée Baudot. Die Gedenkfeier in Straßburg für die sogenannten Malgré-nous – die Formulierung bedeutet ‚Gegen unseren Willen‘ – wäre eine gute Gelegenheit. Jene, die noch leben, sagt Baudot, seien hochbetagt. Doch auf ein offizielles Bekenntnis aus Deutschland warten viele im Elsass bis heute vergeblich.

"Man hat ihrem Gewissen und ihrer Identität als Franzosen Gewalt angetan. Sie wurden zum Verrat gezwungen", sagt der emeritierte Straßburger Rechtshistoriker Jean-Laurent Vonau.

Das Warten geht weiter. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hatte frühere Artikel in der BZ zum Anlass für eine Anfrage bei der Bundesregierung genommen. In der Antwort räumt das zuständige Auswärtige Amt zwar ein, dass die Zwangsrekrutierung rechtswidrig gewesen sei, eine Notwendigkeit für ein offizielles Bekenntnis zu diesem Unrecht bestehe jedoch nicht.

"Ungeachtet dessen, ob sich aus heutiger Sicht ein Entschädigungsanspruch ableiten lässt, liegt es in der moralischen Verantwortung Deutschlands, den Zwangsrekrutierten eine besondere Anerkennung ihres Leidens zuzuerkennen", kritisiert der Abgeordnete und Rechtsexperte Volker Beck. Die Karlsruher Grünen-Abgeordnete Sylvia Kottling-Uhl fordert: "Auch Jubiläen von Unrecht sollten protokollarisch gewürdigt werden. Dass die Bundesregierung anlässlich des 75. Jahrestages der Einberufung der Malgré-nous auf Einladungen zu Gedenkveranstaltungen wartet, statt eigeninitiativ dieser Verbrechen zu gedenken und die Opfer zu würdigen, befremdet."

Das Auswärtige Amt verweist in seiner Antwort auf die Gedenkveranstaltungen auf deutschen Soldatenfriedhöfen im Elsass und in Lothringen, bei denen in der Vergangenheit das begangene Unrecht in der Vergangenheit immer wieder angesprochen worden sei. Auch der Besuch des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck in Oradour-sur-Glane im Jahr 2013 wird vom Auswärtigen Amt angeführt. Der Name dieses Dorfes im zentralfranzösischen Limousin ist untrennbar verbunden mit der Geschichte der elsässischen Malgré-nous. Am 10. Juni 1944 begingen dort Soldaten der SS-Panzerdivision "Das Reich" einen Massenmord an 642 Zivilisten. Unter den beteiligten Soldaten waren auch 14 Elsässer, elf von ihnen waren minderjährig. Der französische Ermittlungsrichter notierte im Februar 1945, bei den Angeklagten handele es sich um französische Staatsangehörige, die durch ihre Rekrutierung selbst Opfer eines Kriegsverbrechens seien.

Diese Sichtweise hat Deutschland stets abgelehnt. 2013 räumte Gauck am Ort des Massakers in Oradour zwar ein, er sei sich der Debatte bewusst, die um die Frage der Zwangsrekrutierung von Elsässern in Frankreich kreise, die am Massaker von Oradour teilgenommen hätten. Gerechtigkeit bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen könne allerdings auch der Rechtsstaat nicht vollständig garantieren. Er sprach auch von Schuld, Verdrängung und Verharmlosung.

Bei den elsässischen Veteranenverbänden der Malgré-nous ist aus jener Rede bei dem ja durchaus denkwürdigen Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes vor allem im Gedächtnis geblieben, dass Gauck die Debatte um die Malgré-nous letztlich als innerfranzösische Angelegenheit eingeordnet hat. Jean-Laurent Vonau wie Renée Baudot sehen darin eine Geringschätzung der elsässischen Geschichte.

Befürchtet man Entschädigungsforderungen? Das Thema Zwangsrekrutierung betrifft mindestens 500 000 Männer aus den zwischen 1939 und 1945 besetzten Gebieten – neben Elsass-Lothringen auch Luxemburg, das belgische Eupen-Malmedy, das ehemalige Jugoslawien und Polen. Die zwangsweise Rekrutierung von Franzosen, sagen die Grünen, sei ein schwerwiegender Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung und ein Kriegsverbrechen gewesen. Mit der Einzahlung von 250 Millionen Mark Anfang der

1980er-Jahre in eine Stiftung – aus heutiger Sicht des Auswärtigen Amtes eine abschließende Geste – will man sich nicht zufriedengeben.

Renée Baudot wird nicht aufgeben, wenngleich sich wohl kein offizieller deutscher Redner beim Festakt im Straßburger Münster einfinden wird. Dabei erwartet sie weder Geld noch Floskeln. Sie will nur diese Worte hören: Was den Malgré-nous angetan wurde, war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Autor: Bärbel Nückles

WEITERE ARTIKEL: ELSASS

Blumenkorso in Schlettstadt: Anker lichten, Leinen los

Am Samstag, 12. August, finden zwei Umzüge statt und ein Feuerwerk zum Abschluss / Bequeme Verbindungen mit dem Bus. **MEHR**

Wandertouren im Elsass: Einkehrschwung beim Nachbarn

Wo, wenn nicht im Elsass, sind Wandern und Kulinarik so eng verbunden? Pascal Comes, der in der Nähe von Straßburg lebt und unter anderem für die Badische Zeitung schreibt, hat sich auf den Weg gemacht. **MEHR**

Wanderung von Ribeauvillé zur St. Ulrichsburg und Ruine Girsberg - mit Kinderkraxen

Familienwanderung von Ribeauvillé zur St. Ulrichsburg und Ruine Girsberg. **MEHR**